



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Sozialdemokratie und Flotte

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Sozialdemokratie und Flotte



Unter dem Titel „Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen,“ von „Parvus,“ ist im Verlage der Sächsischen Arbeiterzeitung in Dresden nun auch von sozialdemokratischer Seite die Marinevorlage und die ihr zu Grunde liegende zukünftige Seehandelspolitik des deutschen Reichs eingehend besprochen worden.

Die Schrift ist ein nicht ungeschickt eingerührtes Bauernvergiftungsmittel, nicht schlechter und nicht besser als hundert andre, die in den letzten Jahren aus der sozialdemokratischen Rezeptur hervorgegangen sind. Aber mehr als hundert andre ist sie ein lehrreiches Beispiel erstens dafür, was die Sozialdemokratie der deutschen Industriearbeiterschaft weis zu machen wagen darf und ohne Zweifel auch weismachen kann, und zweitens, was wir von der in den bekannten kathedersozialistischen Kreisen immer noch für unantastbar erklärten Vaterlandsliebe und Einsicht der sozialdemokratischen Führer und namentlich der achtundvierzig Sozialdemokraten im Reichstage in solchen Fragen zu erwarten haben. Wenn auch in Einzelheiten der Flottenfrage diese Leute nicht unter sich und mit Herrn „Parvus“ durchweg übereinstimmen mögen, so ist doch die Grundlage, auf der Herr Parvus sein Urteil über die deutsche Seehandelspolitik aufbaut, dieselbe, mit der die Sozialdemokratie überhaupt steht und fällt: daß sie grundsätzlich die politische Macht und das politische Gedeihen des deutschen Reichs für die soziale Revolution preisgiebt. Und damit wird tatsächlich die grundsätzliche vaterlandslose Gesinnung bei ihrer Gefolgschaft, bei der deutschen Arbeiterschaft, gefordert. Allerdings ist zur Zeit und auch für die nächsten Reichstagswahlen noch nicht zu hoffen, daß die Stellung der Sozialdemokraten zur Flottenfrage den deutschen Arbeitern die Augen öffnet über den Verrat, den diese „Gesellen“ an ihnen und dem Vaterlande üben. Aber versuchen muß man doch, unter den Gebildeten schon jetzt das Verständnis

dafür wenigstens wieder reger zu machen, was unsre Herren Kathedersozialisten eigentlich thun, wenn sie bemüht sind, durch ihre immer neuen, immer übertriebeneren, immer aufregenderen Verurteilungen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sei es auch unwissentlich, die Sozialdemokratie vor dem ganzen Volke ins Recht zu setzen.

Zuerst trumpt Herr „Parvus“ vor dem staunenden Leser die von niemand bestrittene Thatsache als Neuheit aus, daß neben den „Ersatzbauten“ unter Umständen auch die dadurch zu ersetzenden „Originale“ werden fortbestehen können, wenn auch in einer niedrigeren Verwendungsklasse. Das ist natürlich „nichts als eine Irreführung des Reichstags und der Öffentlichkeit.“ Mit jedem Schiffe, das der Reichstag jetzt bauen läßt, soll er auch schon einen nach fünfundzwanzig, zwanzig oder fünfzehn Jahren zu bauenden „Doppelgänger“ bewilligen, sodaß z. B. „König Wilhelm“ Ende des kommenden Jahrhunderts schon sechs Ersatzschiffe haben würde. So werde, meint Herr Parvus, auf dem Papier der geforderte Sollbestand der Kriegsflotte kaum erreicht, während er in Wirklichkeit weit überschritten werde. „Ein Kaufmann, der eine derartige Buchführung gewagt hätte, käme im Falle seiner Insolvenz als böswilliger Bankerotteur ins Loch.“ Für ganz so dumm, wie der sozialdemokratische Piffikus hier annimmt, hat das Reichsmarineamt denn doch den Reichstag wohl nicht gehalten. Die Frage der Ersatzbauten ist unter Angabe der Fristen, in denen sie nach dem Urtheil der Sachverständigen nötig werden, offen zur Diskussion gestellt worden, und es wird auf die Einsicht und den politischen Takt der Reichstagsmehrheit ankommen, ob sie diesen Sachverständigen mehr vertraut als Herrn Parvus, wenn er meint, die Vorlage stelle den Grundsatz auf, „daß die Panzerschiffe sich abnutzen, wie ein Wischlappen, bis zur völligen Unbrauchbarkeit.“ Natürlich hat auch Parvus seine konstitutionellen Bedenken. Er ist entrüstet darüber, daß „der Reichstag der Regierung sieben Blankowechsel ausstellen soll, in welche diese die Kosten in beliebigem Betrage hineinschreibt.“ Sein Schlußurteil über die Kosten lautet: „Diese Ausgaben für die immer weitere Vervollkommnung der Kriegsmarine sind dem gleich, als wenn man Gold in vollen Säcken ins Meer wüfse.“ Die ganze Seepolitik ist Unsinn. „Deutschlands Küsten sind gegen feindliche Landungsversuche vollkommen sicher.“ Und weiter: „Eine Kriegsmarine, wie sie die Regierung wünscht, würde dem deutschen Volke teurer zu stehen kommen, als wenn die gesamte Handelsflotte vom Feinde in den Grund gehohrt wäre.“ Die Reeder, die großen Export- und Importgeschäfte sollten diese „Versicherungsprämie“ selbst zahlen. Aber sie würden sich hüten, denn sie könnten im Falle des Krieges ihre Waren dadurch „in Sicherheit bringen, daß sie die deutschen Schiffe nur zur Ausfuhr gebrauchen und die Einfuhr nach Deutschland auf fremden Schiffen besorgen lassen.“ Sie würden „neutrale Schiffe mieten,“ denen sie einen um ein paar Pfennige höhern Frachtfaz per Tonne bezahlen,

„und ihre Fracht ist gesichert.“ Und um den Großhändlern die um ein paar Pfennige teurere Fracht zu ersparen, „zu diesem Zweck soll das deutsche Volk hunderte und abermals hunderte von Millionen für eine Kriegsflotte ausgeben!“ „Wie die Landarmee mit ihren Kanonen und Flinten, so hat auch die Kriegsmarine mit ihren Granaten und Torpedos nur den einen Zweck: Tod und Verderben zu bereiten. Man führt die Soldaten zu Land wie zu Wasser zur Schlachtbank — das ist alles. Das eine mal Kanonensfutter, das andre — Futter für die Haifische.“ Deutschland solle ruhig „England die Kosten des Seekriegs“ überlassen, um selbst auf dem Festlande die Hände frei zu halten, statt Rußland „als Hausknecht“ zu dienen. Und was haben die Arbeiter von der Flotte? Der Schutz der Deutschen im Ausland ist nur ein Vorwand; „die Kriegsschiffe gehen nach Afrika und Asien, um die Eingebornen anzugreifen, ihnen ihr Land zu rauben und sie selbst zu unterjochen.“ Ganz scharf geht Parvus gegen die Behauptung vor, die Arbeiter fänden durch den Schiffsbau erwünschte Arbeitsgelegenheit. Das könne man von jeder Geldausgabe sagen. „Darin liegt ja die Macht und der Gluck des Geldes, daß, wer es hat, damit nach seiner Laune Arbeiter beschäftigt, indem er diese oder jene Warenbestellungen macht. Der reiche Prosz vermag nicht nur seine eigne Zeit totzuschlagen, sondern auch die Arbeitszeit vieler rechtschaffner Leute zu vergeuden. Wer Champagner kauft, bezahlt den Gastwirt, den Kellner, den Weinhändler, den Flaschenfabrikanten usw. Stets behaupten deshalb die Reichen, es sei zum Wohle des Volks, wenn sie sich den Bauch mit Leckereien vollstopfen. Ähnlich der Staat bei jeder Verschwendung von Geld und Arbeit des Volkes. Was man dabei nicht sehen will, ist, daß das Geld auch in den Händen des armen Mannes, des Steuerzahlers nicht verrotet. Der Arbeiter, der Bauer wüßten schon, was sie mit ihrem Geld anfangen sollten, wenn der Staat es ihnen nicht als Verbrauchssteuern und sonstige Abgaben abgenommen hätte. Den Massen des deutschen Volks fehlt schon mancherlei, es ist mancherlei, was die deutsche Arbeiter-, Handwerker- und Bauernfamilie braucht und nicht hat.“ Und nun rechnet Parvus den armen Leuten in bekannter Manier vor, daß die Flottenvorlage in den sieben Jahren ganze 10 Mark „per Kopf der Bevölkerung“ verlange, das mache „per Familie durchschnittlich“ 40 Mark. „Hätte man nun diese 40 Mark nicht an den Staat abzuliefern gehabt, so würde man sich dafür vielleicht ein Kleidungsstück angeschafft haben, für das sich während dieser sieben Jahre wohl in jeder Familie ein Bedarf herausstellen würde.“ Erhalte aber die Regierung die vielen Millionen für Marinezwecke, so wanderten diese Geldsummen in die Kruppschen Hütten, in die großen Schiffswerften. Sie würden für dicke Stahlplatten, Kanonen usw., „zur Bezahlung der Rechnungen der deutschen Marineoffiziere in den chinesischen Theehäusern und der deutschen Marinesoldaten in

den chinesischen Bordellen verwendet.“ Blieben aber die 530 Millionen in den Händen des deutschen Volkes, so bekämen die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter was zu thun, der Schneider, der Schuhmacher, der Bäcker, der Krämer, der Metzger! „Ist es wichtiger, daß jeder im Volke einen Rock auf dem Leibe hat — oder daß die Schiffe dicke Panzerplatten erhalten? So steht es mit der »Beschäftigung,« welche die Marinebauten gewähren und mit ihrem Nutzen für die Arbeiter.“

Das ist nun freilich schon ganz unverdauliches Gefasel, aber weil es seiner Wirkung sicher ist, mußte es hier eine Stelle finden. Was noch kommt, ist eher noch konfus, aber wir bitten auch dafür um etwas geduldige Aufmerksamkeit. Das handelspolitische Problem der Zeit wird zunächst mit folgenden Variationen bekannter Melodien abgethan: „Die ganze Not besteht also darin, daß die reichen deutschen Kapitalisten nicht mehr wissen, wo sie ihren Reichthumsüberfluß hinthun sollen — statt dessen stellt man die Sache so dar, als ob die Schuld das deutsche Volk treffe, weil es nicht Geld genug hat, um die Waren für sich zu kaufen. Beutet das Volk nicht so jämmerlich aus, so wird es auch mehr kaufen können! . . . Die ganze Kolonialpolitik — gemeint ist immer die neue Seehandelspolitik überhaupt — besteht darin, daß man dem Volke von seinem kargen Einkommen Millionen abpreßt, um den Reichthumsüberfluß der Kapitalisten in fremden Ländern profitabel unterbringen zu können. Die Kapitalistenklasse ist interessirt an dieser Politik, nicht nur weil es ihr daran liegt, ihr Kapital unterzubringen, sondern weil sie interessirt ist an der Aufrechterhaltung der Ausbeutung.“ „Anders das arbeitende und ausgebeutete Volk. Statt die Marinepläne und Kolonialabenteuer zu unterstützen, hat es vielmehr dafür zu sorgen, daß seine eigne Lage verbessert wird. Will man schon vom nationalen Interesse reden, so liegt gerade darin das größte nationale Interesse.“

Auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft glaubt Parvus vorläufig folgendes empfehlen zu sollen: „Keine kostspieligen Panzerbauten! Keine Volksbelastung! Weg mit dem Seemachtstizel! Keine kolonialen Abenteuer! Keine Kriegsprovokationen! Aufrechterhaltung des Friedens. Bündnis mit England. Handelsvertrag mit Nordamerika. Abschaffung der Getreidezölle. Abschaffung der Verbrauchssteuern. Einführung der Reichseinkommensteuer. Besserung der Lage der Staatsarbeiter und Beamten. Achtstündiger Normalarbeitstag. Sicherung der Koalitionsfreiheit.“ Aber über diesen Vorschlägen soll man das Ziel doch ja nicht aus dem Auge verlieren, in dem das Wesen der Sozialdemokratie besteht. Parvus fügt deshalb wohlweislich am Schluß seiner ganzen Schrift das gehörige Memento hinzu: „Wir sind nun freilich weit davon entfernt, anzunehmen, daß durch diese Maßregeln die Profitmacherei der Kapitalisten erheblich gekürzt oder gar die kapitalistische Produktion geregelt werde. Das Grundübel der Ausbeutung der Massen durch wenige bleibt bestehen und muß

zu einer grundlegenden Umwälzung der Verhältnisse, zur sozialen Revolution führen. Aber das ist jedenfalls der Weg einer geregelten Entwicklung unter möglichster Linderung des letzten Zusammenbruchs, währenddem der Weg der Kolonialpolitik gerade zu einer maßlosen Steigerung der Wucht des endlichen Zusammenbruchs dieser wahnwitzigen Wirtschaftsweise, zu einer ungeheuern Katastrophe, zu einem Ende mit Schrecken führt. Entweder soziale Reform und soziale Revolution, oder Weltkrisis und soziale Revolution! So steht die Entscheidung. Die Regierung und das Kapital wählen den letzten Weg. Wir stehen vor ereignissschweren Tagen!"

Da haben wir die „gemauserten“ Sozialdemokraten, die verdienten Arbeiterfreunde, die kein Mensch das Recht haben soll, vaterlandslose Gesellen zu nennen! Ihr Ziel bleibt die Revolution, und nationale Interessen sind ihnen Unsinn!

In einer kleinen Schrift: „Der nationale Kampf gegen die Sozialdemokratie“ (Leipzig, Grunow) hat im vorigen Sommer Max Lorenz — ein sich, wie es scheint, wirklich zu nüchternem Urteil mausernder jugendlicher Schildträger des Träumers Naumann — in ganz vortrefflicher Weise die Stellung der Sozialdemokratie zur Flottenfrage gekennzeichnet. Die sozialdemokratische Taktik geht nach ihm dahin: „Man sammelt allen Oppositionsstoff, der sich in einem halben Jahrhundert aufgehäuft hat. Die sozialistische und die bürgerliche Demokratie schließen ihr Bündnis. Das vereinigte Heer richtet einen Stoß gegen die Stelle, die den Lebenspunkt, die Seele des Reichs bedeutet. Nun wäre es aber zwecklos, unmöglich, gegen die Monarchie, gegen den Monarchen offiziell den Stoß zu richten. Das machen in der Form die Gefolgsleute doch nicht mit. Der Schein der Gesetzmäßigkeit, die Form des Parlamentarismus muß gewahrt werden. Darum kämpft man formell nicht gegen den Monarchen, sondern gegen die Pläne des Monarchen, gegen die Marinepläne. Das drückt Schönlanck bekanntlich so aus: »Die Marinepolitik und der Kampf gegen das persönliche Regiment sind innig verbunden, sie hängen ursächlich zusammen, und sie werden die Wahlparole sein.«“ Was der Kaiser als die Politik des „Größeren Deutschlands“ bezeichnet habe, sagt Lorenz an einer andern Stelle, das gebe am letzten Ende die Möglichkeit, die unsre Zeit bewegende „soziale Frage“ zu „lösen.“ Die soziale Frage laufe in eine nationale aus, und es sei die auswärtige Politik, wodurch die Frage der inneren Reformarbeit bestimmt und bedingt werde. Und weiter klagt er: „Das aber ist das große und wahre Unglück der armen Volksklassen, daß sie nicht nur in materieller Not sind, sondern daß diese Not auch politische Einsichtslosigkeit und geistige Verblendung im Gefolge hat. Infolge solcher Einsichtslosigkeit verkennen sie nicht nur die Existenznotwendigkeiten des Staats und werden so staatsgefährlich; ihre Verblendung verschließt ihnen auch den einzigen Rettungsweg aus ihrer sozialen Not, läßt sie nicht erkennen, daß soziale Reformen im Innern ohne die Weiterentwicklung nationaler Macht nach außen hin ein Unding ist. So

verblendet, wirken sie thatsächlich ihren eignen Zwecken, der Hebung ihrer Lebenslage entgegen."

So sagt der sich mausernde Lorenz, und wer sich über die Mauserung der Sozialdemokraten, diese bewußte, wohl berechnete Unwahrheit des modernsten Ratheder Sozialismus — und „Freisinn's," genauer unterrichten will, der lese das Schriftchen. Was wir hier mitgeteilt haben, wird genügen zur Veranschaulichung der Vaterlands- und Arbeiterliebe der Herren um Singer und Bebel. Aber freilich kann das wenig ins Gewicht fallen, wenn sich die verehrliche Junft der bestellten und verordneten Vertreter der Staatsweisheit mit ihrer ganzen Unfehlbarkeit in die andre Waagschale wirft. Wir haben besondre Veranlassung, hierüber noch ein Wort zu reden.

Herr Professor Dr. von Schulze=Gaevernitz hat kürzlich in einem fünften und letzten handelspolitischen „akademischen" Vortrage in Freiburg in Baden „über die Zukunft der deutschen Handelspolitik" gesprochen. Wie wir in der Neuen Badischen Landeszeitung vom 25. Januar dieses Jahres lesen, hat sich Herr von Schulze über die zukünftige Handelspolitik und auch die Flottenpolitik des Reichs sehr verständig ausgelassen. Umso bezeichnender und bedauerlicher ist es aber, daß auch dieser junftgerechte moderne Ratheder Sozialist, sobald er auf den — man verzeihe den häßlichen Ausdruck — Toppunkt der Schule kommt, und auf den kommen sie leider alle immer und überall, sich für verpflichtet hält, seiner lernbegierigen Zuhörerschaft ganz unverantwortliche Dinge vorzutragen. In der Hauptsache folgendes: Was die Notwendigkeit der Flottenvermehrung anbeträfe, so wird berichtet, als deren Anhänger sich der Redner im Laufe seiner Ausführungen bekannt habe, so seien die in letzter Zeit gethanen „nutzlosen Äußerungen der Offiziösen wie »vaterlandslose Gefellen« nicht geeignet, bei den Gegnern die Liebe zum Vaterlande zu erwecken," vielmehr sei zu „konstatiren, daß ein großer Teil des deutschen Volkes seine Interessen noch nicht als identisch mit den Interessen des deutschen Staats empfindet." Am stärksten sei diese Strömung vertreten in der Arbeiterwelt. Das sei umso schlimmer, als man zugeben müsse, daß dieses Gefühl in Deutschland fortwährend durch kleinliche Polizeistrafen und veraltete Vereinsgesetze aufrecht gehalten werde. Professor Schäfer in Heidelberg habe einmal gesagt: Der deutsche Werkmann möchte nicht mit dem englischen tauschen. Er, der Vortragende, müsse leider die Thatsache konstatiren, der Westfale würde gern mit dem Northumberländer tauschen, weil sich dieser seiner politischen Freiheit, vor allem eines freiheitlichen Vereinsgesetzes erfreue. Sollte das Flottengesetz Schiffbruch erleiden, so mache er, Herr von Schulze, in erster Linie verantwortlich dieselbe deutsche Regierung, die noch vor kurzem durch eine Rückwärtsrevidirung des Vereinsgesetzes einen großen Teil ihrer Unterthanen habe „entrechtet" wollen, deren Zustimmung zu der Vorlage doch heute erforderlich sei. Schlimmer als die Lohnerhöhung, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verluste bei Streiks, denen

man durch eine Beschneidung des Vereinsgesetzes zu begegnen suche, sei es, wenn sich die der Zahl nach am stärksten wachsende, zukunftsreichste Klasse der Nation, die sich heute noch als nationale Outsiders empfinde, von der Flottenfrage gar nicht berührt fühle. Auf die Dauer sei dieses Verhältnis ganz unmöglich, und ein Umschwung nur denkbar, wenn auch diese Kreise allmählich zu einer nationalen Gesinnung emporgezogen würden.

Welch ungeheurer Kontrast zwischen dem gereiften, abgeklärten, milden, bescheiden, wahrhaft vornehmen Urteil des Geschlechts politischer Professoren, die vor einem Menschenalter — als Herr von Schulze-Gaevernitz in Breslau geboren wurde — ihre vielleicht weniger zahlreichen Schüler für die Höhe und Freiheit der Wissenschaft zu begeistern wußten, und dieser modernen Staatsweisheit ihrer Söhne! Wenn — und es ist wohl kaum daran zu zweifeln — Herr Professor von Schulze das wirklich gesagt hat, was wir gelesen haben, so müssen wir offen bekennen, daß wenige Auslassungen deutscher Universitätsprofessoren seit dreißig Jahren uns zu solchem Bedauern Veranlassung gegeben haben wie diese. Was in aller Welt soll das ostensible Eintreten für die Flottengegnerschaft der Sozialdemokraten in diesem Augenblick im „akademischen“ Vortrage eines Professors? Von einer Flottengegnerschaft oder Vaterlandslosigkeit der „Arbeiter“ ist überhaupt nicht geredet worden, ist gar nicht zu reden. Sie zu „konstatieren“ und sie sogar zu rechtfertigen ist das traurige „wissenschaftliche“ Verdienst des Herrn von Schulze. Daß er nicht weiß, was er thut, daß er von deutschen Arbeitern spricht, von denen er nur Ausnahmen auf seinem kurzen Lebenswege gesehen hat, dient ihm zur Entschuldigung, aber der Schade, den er als Anwalt der vaterlandslosen Gesellen anrichtet, wird dadurch nicht gemildet. Klar und greifbar springt in diesem Falle der pseudowissenschaftliche Charakter des modernen Kathedersozialismus in die Augen: die politische Agitation, die parteiische, einseitige Arbeiterfreundlichkeit als Tendenz. Dieser agitatorische, tendenziöse Charakter wird durch die zünftigen Kathedersozialisten viel mehr als durch die Angehörigen anderer Fakultäten oder Wissenschaften auch den neumodischen „akademischen“ Vorträgen und „volkstümlichen Hochschulkursen“ aufgeprägt. Er ist es auch, der die Privatdozentenfrage überhaupt politisch wichtig macht. Für diese agitatorische und tendenziöse Wirksamkeit die Freiheit der Wissenschaft in Anspruch zu nehmen, ist eine Herabsetzung der Wissenschaft selbst. Mit staatlichen Repressalien dagegen vorzugehen, würde das Übel nur schlimmer machen, auch würden sich die meisten dieser jungen Herren in der Märtyrerverolle ganz wohl fühlen. Nur langsam wird diese in langer Zeit erzeugte und gepflegte krankhafte Strömung in den Staatswissenschaften einer gesunden Auffassung weichen, umso langsamer, je jünger die privilegierten Inhaber der akademischen Lehrstühle heute sind. Helfen kann nur ein regeres und gründlicheres Interesse und Verständnis der gebildeten Kreise der Nation für diese Verirrungen in unserer staatswissen-

schaftlichen Bildung. Dazu wird die überaus traurige Erscheinung: Herr von Schulze-Gaevernitz als Anwalt der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokraten und ihrer bethörten Gefolgschaft unter den Arbeitern — das ihrige sicher beitragen. Auf die Sache selbst, die Herr von Schulze zu vertreten versucht, werden die Grenzboten wohl noch Veranlassung haben zurückzukommen. Sie steht im Vordergrund des Interesses unsrer nationalen Selbsterhaltung.



Wie soll der Kampf um die Ostmark geführt werden?

Ein Nachwort zu den „Realpolitischen Betrachtungen“ des Herrn E. C. in den vorjährigen Septemberheften der Grenzboten

Vor einigen Tagen saß ich in die Betrachtung einer Völker- und Sprachenkarte des russischen Reichs vertieft. Es war nicht schwer, sie zu verstehen: Dieses Grün, sagte ich mir, das so entschieden vorherrscht, bezeichnet natürlich das slawische Sprachgebiet. Und jenes Hellblau oder Gelb — nun, eine von diesen beiden Farben muß doch die Verbreitung der deutschen Sprache andeuten, da ein so großer Teil der Ostseeländer damit angestrichen ist. Doch was sagte die Farbenerklärung am Rande meiner Karte? Hellblau ist litauisch, Gelb ist esthnisch. Ja, aber warum, fragte ich mich, spricht man denn immer von den deutschen Ostseeprovinzen Rußlands? Und wieder vertiefte ich mich in meine Karte. Da entdeckte denn mein Auge endlich inmitten des Meeres von Blau und Gelb einige rote Inselchen, und dieses Rot bezeichnete, nach der Farbenerklärung, deutsches Sprachgebiet. Und alle diese roten Pünktchen hatten einen Namen: Reval, Dorpat, Mitau, Riga usw. Aha, sagte ich zu mir selbst, jetzt verstehe ich, warum man in Rußland von deutschen Ostseeprovinzen spricht; einfach deshalb, weil die Bevölkerung ihrer Städte vorwiegend deutsch ist.

Und nun erinnerte ich mich einer vor langer Zeit gemachten Beobachtung. Im Jahre 1870 war ich durch das Elsaß gekommen. Da alle Eisenbahnverbindungen unterbrochen waren, mußte ich im Wagen reisen. Das ging zwar etwas langsam, aber es bot mir den Vorteil, auch das platte Land und seine Bewohner ein wenig kennen zu lernen. Und was sah ich da? Eine Bevölkerung in Sprache und Tracht ebenso deutsch wie die von Baden oder Hessen. Aber aus ihrer französischen Gesinnung machten diese Leute mir gegenüber, der ich ja nicht als Eroberer, sondern nur als harmloser Tourist